

**Beschlussprotokoll über die
10. Sitzung des Ausschusses für Kinder und Kindertagesbetreuung
des XIX. Beirates beim Ortsamt Burglesum**

Datum 01. April 2019
Ort Ortsamt Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr Ende 20:50 Uhr

Ausschussmitglieder

SPD S. Besecke, L. Berger
CDU B. Hornhues, I. Michaelsen
Grüne U. Schnaubelt

Vertreter gemäß § 23, Absatz 5 OBG

Die Linke Kurth, Benedikt
FDP G. von Groeling-Müller
AfD H. Rühl
BIW --

Ortsamt

Vorsitz Stellvertretende Ortsamtsleiterin Sabine Tietjen
Protokoll Stellvertretende Ortsamtsleiterin Sabine Tietjen

Gäste

Claudia Ludwigshausen, Leiterin des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums

*

Frau Tietjen eröffnet die Sitzung.

Die Einladung mit der Tagesordnung ist frist- und formgerecht zugegangen.

Die CDU-Fraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag zur umgehenden Beseitigung der baulichen Mängel an der Oberschule Lesum. Frau Tietjen schlägt vor, das Thema in die Beratungen unter TOP zu diskutieren und bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen. Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Herr Berger stellt einen Dringlichkeitsantrag zur Zusammenarbeit mit dem Bildungsressort. Herr Berger verliest den Antrag.

Die Dringlichkeit wird beschlossen und der Antrag unter TOP 5 (neu) beraten.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Pkt. 1 TO: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

Bürgerantrag zur Einrichtung von zusätzlichen Hortplätzen an der Kita St. Magnus.
(Anmerkung: Der Antrag wird in der April-Beiratssitzung beraten).

Pkt. 2 TO: Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Nord / Angebote und Schwerpunkte in Burglesum

Frau Tietjen begrüßt Frau Claudia Ludwigshausen, Leiterin des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums.

Frau Ludwigshausen stellt die Arbeit des Rebus mittels Präsentation vor (Anlage 1).

Es folgen Wortmeldungen von **Herrn Berger, Frau Hornhues, Frau Schnaubelt, Herrn Kurth, Herrn von Groeling-Müller und Herrn Rühl.**

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er erwartet eine verbindliche Kooperation und gemeinsame Verantwortungsübernahme zwischen den Ressorts der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.

Pkt. 3 TO: Schulkonzept Oberschule Lesum

- **Bauplanung**
- **geplante Grundschule Am Heisterbusch**

Frau Tietjen verliest einen schriftlichen Sachstandsbericht der Senatorin für Kinder und Bildung und die aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung und Schülerzahlprognose zur Schulstandortplanung Burglesum. Die Ausschussmitglieder haben den Sachstandsbericht in den Mappen vorliegen und vorab per E-Mail erhalten.

Es folgen Wortmeldungen von **Herrn Berger, Frau Hornhues, Frau Schnaubelt.**

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, eine konkrete Zeitschiene für den geplanten Ausbau (Planungsschritte) der Oberschule Lesum und der geplanten Grundschule Am Heisterbusch zu nennen. Ebenso möchte der Ausschuss informiert werden, welche Interimslösung während der Planungs- und Bauphase vorgesehen ist. Der Ausschuss erwartet eine Vorstellung des Maßnahmenpaketes vor Dezember 2019.

Die Senatorin für Kinder und Bildung und Immobilien Bremen werden aufgefordert, umgehend die baulichen - teils gesundheitsgefährdenden, teils sicherheitsrelevanten Mängel an der Oberschule Lesum, Standort Am Steinkamp, zu beseitigen. Ein weiteres Hinauszögern bis zu einer geplanten Gesamtsanierung/Neubau findet beim Bildungsausschuss keine Akzeptanz.

Begründung:

Seit mehreren Jahren kämpft die Schule um die Instandsetzung der Fenster in diversen Räumen. Diese sind marode und lassen sich nicht mehr öffnen. Die Räume können dadurch nicht mehr belüftet werden. Auch entsprechen diese Fenster nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen.

In der Aula ist in den Wintermonaten; auf Grund der schlechten Isolation, eine Beheizung nicht mehr möglich. Die Beleuchtung in den Fluren ist mangelhaft. Eine Sicherheitsbeleuchtung fehlt z.T. komplett. Die Dächer sind undicht. Regelmäßig müssen auch hier betroffene Räume gesperrt werden.

Pkt. 4 TO: Aktueller Sachstandsbericht zum Ausbau

- **der Grundschulen Landskronastraße und Burgdamm**
- **der Oberschule Helsinkistraße**

Frau Tietjen verliest den aktuellen Sachstand.

*Es folgen Nachfragen von **Frau Hornhues, Frau Schnaubelt und Herrn Berger.***

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesbetreuung kritisiert, dass kein Vertreter von der Senatorin für Kinder und Bildung anwesend ist.

Zur Burgdammer Schule erwartet der Ausschuss eine zügige Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Immobilien Bremen wird aufgefordert, die benötigten Unterrichtsräume zum Schuljahreswechsel 2019/2020 zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss möchte den Untersuchungsbericht zur Nutzung der Hausmeisterwohnung übermittelt bekommen. Die Kapazitäten sind an den steigenden Schülerzahlen anzupassen. In die Gesamtplanung muss neben den Unterrichtsräumen auch die Mensa mit einbezogen werden.

Zur Oberschule Helsinkistraße erwartet der Ausschuss einen Statusbericht nach dem 10.04.2019, vor den Bürgerschaftswahlen.

Beschluss (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Pkt. 5 TO (neu): Dringlichkeitsantrag zur Einhaltung der Beiratsrechte

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesbetreuung des Beirates Burglesum rügt die späte Zusendung des schriftlichen Berichts zum Schulausbau in Burglesum und sieht darin eine Verletzung des Informationsrechts und eine Einschränkung des Beirats.

Begründung:

Gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter sind die zuständigen Stellen an einer Teilnahme an der Sitzung verpflichtet. Die Einladung ist mindestens drei Wochen vor

der Sitzung zu übersenden. Darüber hinaus sind fachliche Auskünfte innerhalb eines Monats zu erteilen.

Im aktuellen Fall hat der Ausschuss über das Ortsamt am 05.02.2019 um eine Übersicht über die Schulausbauplanung Stadtteil Burglesum gebeten. Das heißt, dass der Ausschuss erwartet hat, dass jemand in die Sitzung kommt, wenn es etwas Neues zu berichten gibt.

Dieses ist nicht der Fall und in Absprache mit dem Ausschussprecher wurde das Nichterscheinen akzeptiert, trotz Verpflichtung zur Entsendung eines Vertreters/einer Vertreterin gem. § 7 Abs. 1 Ziff. 2 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Als Alternative wurde ein schriftlicher Bericht zugesagt.

Dieser erreichte den Ausschuss über das Ortsamt erst am 29.03.2019 (3 Tage vor der Sitzung), was eine inhaltliche Vorbereitung erschwert. In Anlehnung an die Frist für Anfragen hätte eine schriftliche Stellungnahme im Idealfall bereits am 05.03.2019 vorliegen müssen.

Der Ausschuss erwartet zukünftig die Einhaltung der Beiratsrechte.

Pkt. 6 TO (neu): Mitteilungen der Ortsamtsleitung“

Keine

Pkt. 7 TO (neu): Mitteilungen der Ausschussprechers

Keine

Pkt. 8 TO (neu): Wünsche und Anregungen in ausschussbezogenen Angelegenheiten

Keine

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:40 Uhr.

Im Original gez.
Sabine Tietjen
Stellvertretende Ortsamtsleiterin